

Atomwirtschaft

Uran-Abbau schürt Konflikt in Nordwestafrika

Tuareg-Revolte in Niger droht zu eskalieren

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen hat Ende Juni 2007 vor einer Ausweitung der Tuareg-Revolte in dem nordwestafrikanischen Staat Niger gewarnt. Zwölf Jahre nach der Beilegung der letzten Tuareg-Rebellion eskaliere die Gewalt im Norden des Niger erneut. Die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der Tuareg-Freiheitsorganisation „Bewegung der Nigerier für Gerechtigkeit“ (MNJ) nehme stetig zu, seit die MNJ im Februar 2007 mit ersten Angriffen auf sich aufmerksam gemacht habe. Erst am 22. Juni 2007 seien bei einem Überfall der MNJ mindestens 15 Soldaten getötet und 72 Armeeangehörige in Gefangenschaft geraten. Zuvor seien drei Tuareg-Zivilisten verhaftet und getötet worden.

An die Europäische Union appellierte die GfbV dringend, die Regierung Nigers aufzufordern, den Dialog mit der MNJ aufzunehmen. Nur so könne eine Ausweitung der Tuareg-Revolte und eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen verhindert werden. Bisher habe die Regierung Nigers aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt, heißt es in einem Schreiben der GfbV an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vom 27. Juni 2007. So seien wie vor Beginn der Tuareg-Krise in den Jahren von 1991 bis 1995 erneut Hilfszusagen und Vertragsverpflichtungen nicht eingehalten worden, so daß die marginalisierte Bevölkerungsgruppe der rund 100.000 Tuareg in Niger sich nun aus Protest erheben würde. Statt den Dialog mit der MNJ zu

suchen, setze die Regierung nur auf einen militärischen Sieg und bezeichne die Aufständischen als Banditen.

Geschürt werde der Konflikt durch massive wirtschaftliche, ökologische, gesundheitliche und soziale Folgen des Uranbergbaus im Norden des Landes. Niger ist der sechstgrößte Uranproduzent der Welt. Im April 2007 hatte die MNJ mit einem Überfall auf das größte Uranbergwerk des Landes, die von nigerischen Tochter-Unternehmen des französischen AREVA-Konzerns betrieben wird, für Aufsehen gesorgt. Dabei war eine Person getötet worden. Umweltschutzorganisationen werfen den Unternehmen vor, Umweltstandards zu ignorieren und Arbeiter radioaktiver Strahlung auszusetzen, die die zugelassenen Werte der Weltgesundheitsorganisation 40-fach überschreite. Die lokale Bevölkerung sei unzureichend über die medizinischen Risiken informiert.

Tuareg fordern nicht nur Aufklärung über die ökologischen und gesundheitlichen Gefahren des Bergbaus, sondern verlangen auch, daß die lokale Bevölkerung mehr von der Uranförderung profitiert. So müßten mehr Arbeitskräfte aus der Region eingestellt werden und die Gewinne aus dem Uranabbau stärker der unterentwickelten Region zugute kommen, wird gefordert. Seit Jahrzehnten beklagen die Tuareg die Vernachlässigung des Nordens.

Ermutigt würden die Tuareg in Niger auch durch die Erfolge ihrer Landsleute im Nachbarland Mali, so die GfbV. Dort hatten Tuareg im Jahr 2004 erneut zu den Waf-

fen gegriffen, nachdem die Regierung ihre Versprechen nicht eingehalten hatte. Im Februar 2007 konnten sie

durchsetzen, daß sie in den kommenden zehn Jahren Hilfen im Wert von 762 Millionen Euro bekommen. ●

Energiewirtschaft

Wer nicht hören will muß fühlen: Aktionsbündnis ruft zu massenhaftem Vattenfall-Ausstieg auf

Nach dem erneuten Antrag auf Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Brunsbüttel fordert die Initiative „Atom-ausstieg-selber-machen“ Vattenfall-Kunden auf, die in den vergangenen Wochen eingesezte Fluchtbewegung weg vom schwedischen Atom- und Braunkohlekonzern hin zu Ökostromunternehmen zu verstärken.

Eine Woche vor dem 1. Juli 2007, dem Stichtag für kräftige Strompreiserhöhungen, provozierte der Vattenfall-Konzern seine Kunden schon wieder: Mit einem weiteren Antrag auf Laufzeit-Verlängerung des über 30 Jahre alten Atomkraftwerks Brunsbüttel will der Konzern das im Atomkonsens vereinbarte Aus für einen der unsichersten Reaktoren in Deutschland doch noch verhindern. Der am 4. Juni-Wochenende bekannt gewordene Antrag zur Übertragung von 15 Milliarden Kilowattstunden vom AKW Krümmel auf das AKW Brunsbüttel, würde erneut den Sinn der Übertragungsregel im Atomausstiegsgesetz ad absurdum führen. Diese sieht die Möglichkeit vor, Stromkontingente von alten und unsicheren Kraftwerken auf neuere, möglicherweise weniger risikoreiche zu übertragen, um so die Gefahr eines schweren Unfalls insgesamt zu verringern. Vattenfall Europe verlangt jetzt genau das Gegenteil: Ein Reaktor (Inbetriebnahme 1977), bei dem

nach einer Sicherheitsüberprüfung vor genau sechs Jahren nach dem Eingeständnis der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht „hunderte offener Punkte“ festgestellt und bis heute nicht behoben wurden, soll länger laufen als im Atomgesetz vorgesehen. Ein anderer, jüngerer Reaktor (Krümmel, Inbetriebnahme 1983) soll dagegen früher vom Netz. Inzwischen sind, am 28. Juni 2007, eine Woche nach Bekanntwerden des Antrags auf Strommengenübertragung, zuerst im AKW Brunsbüttel und danach auch im AKW Krümmel Brände ausgebrochenen, die die Abschaltung beider AKWs zur Folge hatten.

Das Aktionsbündnis „Atom-ausstieg-selber-machen“ erinnert daran, daß Vattenfall vor nicht einmal einem Jahr im schwedischen Forsmark verantwortlich war für den schwersten Unfall in einem europäischen Atomkraftwerk seit Tschernobyl.

Unter der Parole „Wer nicht hören will, muss fühlen“ fordert das Bündnis aus Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbänden und Anti-Atomkraft-Initiativen Vattenfall-Kunden auf, jetzt die in den vergangenen Wochen begonnene Fluchtbewegung weg vom schwedischen Atom- und Braunkohlekonzern hin zu Ökostromunternehmen zu verstärken. „Hierzulande ist niemand gezwungen, Atomstrom zu kaufen“, heißt es in der

Erklärung des Aktionsbündnisses. „Machen Sie Atomstrom zu einer immer schwächer verkäuflichen Ware.“

Das Aktionsbündnis „Atomausstieg-selber-machen“ hatte sich im Herbst 2006 zusammengeschlossen, nachdem die Atomkonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW die von ihnen oder ihren Vorgängerunternehmen selbst unterzeichnete Vereinbarung über den Atomausstieg faktisch aufgekündigt hatten und für den Weiterbetrieb ausgerechnet der ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke in Deutschland kämpften.

Informationen zum Stromwechsel finden sich im Internet unter www.atomausstieg-selber-machen.de und unter der Hotline: 0800 762 68 52 (werktags von 9-17 Uhr).

Atompolitik

Risiken werden verborgen

Die Bundesregierung läßt die Bevölkerung weiter im Unklaren über die Terrorgefährdung der Atomkraftwerke. Die Information der Parlamentarier im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages durch das Bundesumweltministerium fand am 20. Juni 2007 hinter verschlossenen Türen statt. Die Weigerung der Bundesregierung, offen über die Terrorgefahr für Atomkraftwerke zu diskutieren, ist ein deutlicher Hinweis, daß die Gefahren ernst zu nehmen sind, erklärt Hans-Josef Fell, Sprecher für Energie- und Technologiepolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Bundesregierung hatte zuvor in einer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ bestätigt, daß ein erfolgreicher Terrorangriff katastrophale Auswirkungen hätte und daß ein Angriff eine realistische Option ist.

Wir sind der Meinung, daß spätestens seit dem Abschlußverbot von entführten Verkehrsflugmaschinen durch das

Bundesverfassungsgericht das Vernebelungskonzept der Atomkraftwerks-Betreiber gescheitert ist, erklärte Fell. Die Atomkraftwerke seien jetzt ungeschützt. Das Vernebelungskonzept sieht vor, daß Atomkraftwerke im Falle von Angriffen in künstlichen Nebel gehüllt werden, was – wenn überhaupt – aber nur bei bestimmten Wetterlagen die Sicht von Terroristen einschränken kann und auch das nur vorübergehend. ●

Atomwirtschaft

Schwimmende AKWs für Nordrussland

Schwimmende Atomkraftwerke werden vor allem in nordrussischen Gebieten gefragt sein, wo es keine eigenen Stromquellen gibt, erklärte Sergej Kirijenko, Leiter der russischen Atomenergiebehörde Rosatom, am 8. Juni 2007 einer Meldung der Nachrichtenagentur RIA Novosti zufolge. Demnach soll das erste schwimmende Atomkraftwerk 2010 im russischen Werk Sewmasch (Sewerodwinsk) fertiggestellt sein. Weitere sollen auf der Fernost-Halbinsel Tschukotka, an den Stützpunkten der Nordflotte sowie im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen errichtet werden. Zuvor war berichtet worden, daß in Rußland innerhalb von zehn Jahren sechs schwimmende AKW gebaut werden sollen. Rußland sammelt seit Jahrzehnten Erfahrungen beim Bau von kleineren und sicheren Atomenergieanlagen, die etwa in Kriegsschiffen und Eisbrechern betrieben werden und könnte kleine Atomenergieanlagen auch in Staaten liefern, die erst beginnen, Atomenergie zu erschließen oder keine entwickelte Energiewirtschaft haben, etwa in Südostasien, Afrika und Lateinamerika, meinte Kirijenko. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 64,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Pliening, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 64,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 6,40.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODE33, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2007 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288